
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 3

Kreistag am 05.06.2007

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 14:30 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Klaus-Dieter Bröckling
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Jens Hebebrand
Wolfgang Kerak
Ursula Lindstedt
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Jörg Sieger
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Monika Töpfer
Manuela Veit
Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann
Herbert Ziegenbein
Wolfgang Barrenbrügge

Günter Bremerich
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsger
Leo Klempert
Helmut Krause
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Martina Plath
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Sigurd Senkel
Wolfgang Schilken
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck
Michael Klostermann

von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Dr. Timpe, Dez. II
Frau Warminski-Leitheußer, Dez. III
Herr Hahn, Dez. IV
Herr Dr. Schiebold, L KfP

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Frau Zemke, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Weyand, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Naujocks, Geschäftsführer der Gruppe PDS.Linkspartei
Vertreter der Presse

Herr Göpfert, Büro Landrat
Frau Waßen, Schriftführerin

interessierte Bürger
weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Zu Beginn der Sitzung gedenken die Anwesenden dem kürzlich verstorbenen Kreistagsabgeordneten Matthias Wastl. Dieser habe sich, so betont Herr Landrat Makiolla, trotz seiner erst kurzen Mitgliedschaft im Kreistag überfraktionell einen guten Ruf als ehrlicher und an der Sache orientierter Arbeiter zum Wohle des Kreises und der hier lebenden Menschen erworben. So werde er stets in guter Erinnerung bleiben.

Im Anschluss stellt Herr Landrat Makiolla die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass er die Tagesordnung nachträglich um den Tagesordnungspunkt 11 „Landschaftsrechtliche Befreiung Lärmschutzwall Kamen“ erweitert habe. Weitere Änderungen oder Ergänzungen ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

085/07

Integrationsleitlinien Kreis Unna

Kreistagsbeschluss vom 06.12.2005

Punkt 2

050/07

Vorlage der Jahresrechnung 2006

Punkt 3

066-1/07

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2007

Punkt 4

084/07

Vertrag mit der Verbraucherzentrale NRW

zur Erfüllung der Aufgaben nach § 4 Landespflegegesetz (Pflegeberatung)

Punkt 5

087/07

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH

Punkt 6

101/07

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Dortmund, dem Kreis Unna und der Stadt Hamm zur weiteren Zusammenarbeit in der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Punkt 7

054/07

Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege (EKBS)

Punkt 8

086/07

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Kreisleitstelle und angegliedertem Kreisbauhof
- Grundsatzbeschluss -

Punkt 9

068-1/07

Bildung einer Kommission „Ruhr 2010“;
Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2007

Punkt 10

095/07

Chancen Energieeffizienz und alternative Energien im Kreis Unna nutzen;
Antrag der SPD-Fraktion vom 21.05.2007

Punkt 11

096/07

Landschaftsrechtliche Befreiung Lärmschutzwall Kamen

Punkt 12

069/07

Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Unna

Punkt 13

093/07

Ersatzwahl

Punkt 14

Änderung der Hauptsatzung des Kreises Unna

Punkt 14.1

099/07

Änderung des § 9 der Hauptsatzung;

Antrag der SPD-Fraktion

Punkt 14.2

100/07

Änderung des § 21 der Hauptsatzung

Punkt 15

Fragestunde für Einwohner

Punkt 16

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil :

Punkt 17

102/07

Verleihung eines Amtes der Besoldungsgruppe B 2

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil :

Punkt 1

085/07

Integrationsleitlinien Kreis Unna

Kreistagsbeschluss vom 06.12.2005

Erörterung

Herr Ganzke erklärt für die SPD-Fraktion, dass es sich bei den Integrationsleitlinien nicht um einen Akt der

Gewissensberuhigung handle, sondern man sich hier mit der Integration von Menschen mit anderem kulturellem Hintergrund auseinandersetze. Inzwischen sei jedem klar, dass Integration neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem demografischen Wandel ein wichtiges Problem der Städte und Gemeinden aber auch auf Kreisebene sei. Schließlich entscheide sich die Integration vor Ort. Ein Lob gehe ausdrücklich an die Verwaltung, die in den Dialog eingetreten sei und Leitlinien und Leitziele entwickelt habe.

Herr Landrat Makiolla ergänzt, dass man sich als Verwaltung an den Handlungsempfehlungen der Integrationskonferenz orientiert habe. Dieser Institution, in der neben Kreistagsmitgliedern viele Ehrenamtliche vertreten seien, gelte sein Dank.

Herr Nadolski-Voigt weist auf die Abschlussveranstaltung des Zukunftsdialoges Kreis Unna hin, die gestern stattgefunden habe. Wichtig sei, die Integrationsleitlinien mit den dortigen Diskussionsergebnissen kompatibel zu machen.

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass das Abschlusspapier des Zukunftsdialoges Aussagen zur Integration treffen werde. Basis für diese Aussagen seien die Leitlinien bzw. die Handlungsempfehlungen der Integrationskonferenz.

Frau Sopora bittet die Verwaltung, dazu beizutragen, dass die Handlungsempfehlungen auch in den Kommunen umgesetzt würden.

Beschluss

Der Kreistag beschließt die in der Vorlage aufgeführten Definitionen und Integrationsziele zu den Handlungsfeldern Arbeitswelt, Bildung und Erziehung, Integrationsförderung, Stadtentwicklung und Wohnen, kommunale Steuerung.

Soweit diese Leitlinien originäre Zuständigkeiten der Städte und Gemeinden betreffen, haben sie ausdrücklich empfehlenden Charakter.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

050/07

Vorlage der Jahresrechnung 2006

Beschluss

Die am 28.02.2007 aufgestellte und vom Landrat festgestellte Jahresrechnung 2006 (einschließlich Anlagen) wird zur weiteren Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

066-1/07

Budgetbericht zum Stichtag 31.03.2007

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann teilt mit, dass aufgrund von Mehrkosten in den Bereichen Kosten der Unterkunft, Hilfe zur Pflege und Gesundheitshilfen zum Jahresende mit einem Defizit von rd. 2,5 bis 3 Mio Euro zu rechnen sei. Ein schwerwiegenderes Problem stelle allerdings das angekündigte Ausführungsgesetz zum SGB II dar. Der Gesetzesentwurf sehe einen neuen Maßstab zur Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben vor. Im vergangenen Jahr habe der Kreis Unna rund 6,6 Mio Euro erhalten. Sollte dieser neue Verteilungsschlüssel tatsächlich greifen, erhalte der Kreis künftig nur noch 1, 6 Mio Euro und damit rd. 6 Mio Euro weniger als nach dem alten Verteilungsmaßstab. Dies sei eine Benachteiligung, die man so nicht hinnehmen könne. In einem Schreiben an das zuständige Landesministerium habe der Landrat auf dieses Problem aufmerksam gemacht und auf die möglicherweise unterschiedliche Datenerhebung der 52 Kreise und kreisfreien Städte hingewiesen. Die gravierenden Unterschiede ließen sich dadurch erklären, dass einige Kommunen anstelle der aktuellen Rechnungsergebnisse die Planzahlen gemeldet haben könnten. Herr Kreisdirektor Stratmann betont, dass durch den neuen Verteilungsschlüssel insbesondere die strukturschwachen Ruhrgebietsstädte und -kreise weiter geschwächt, finanziell noch recht gut ausgestattete ländlich strukturierte Kommunen und Kreise dagegen gestärkt würden. Deshalb appelliert Herr Kreisdirektor Stratmann an die Kreistagsabgeordneten, sich in ihren Landtagsfraktionen für eine Korrektur des Gesetzesentwurfes einzusetzen.

Herr Landrat Makiolla weist ergänzend darauf hin, dass er im Gespräch mit ähnlich betroffenen Landräten und Oberbürgermeistern sei. Man wolle den Gesetzgebungsprozess genau beobachten und ggfls. gemeinsam den Klageweg gegen die Landesregierung beschreiten. Denn derzeit sei klar erkennbar, dass Gelder aus dem Ballungsraum in den ländlichen Raum transferiert werden sollen. Anders lasse sich nicht erklären, dass der Kreis Unna mit der zweithöchsten Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen künftig 1, 6 Mio Euro erhalten solle. Der erheblich kleinere Kreis Soest mit etwa der Hälfte dieser Arbeitslosenquote könne künftig mit einer Summe von 16 Mio Euro rechnen.

Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 31.03.2007 sowie die möglichen Auswirkungen des neuen Verteilungsmaßstabes zur Verteilung der Landesersparnis bei den Wohngeldausgaben nach dem Entwurf des AG SGB II auf den Haushalt des Kreises Unna werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 4

084/07

Vertrag mit der Verbraucherzentrale NRW

zur Erfüllung der Aufgaben nach § 4 Landespflegegesetz (Pflegerberatung)

Erörterung

Herr Jasperneite bittet für die CDU-Fraktion darum, in der Begründung der Vorlage auf Seite 2 im 4. Absatz, 1. Spiegelstrich, sowie auf Seite 3 unter B b) jeweils das Wort „derzeit“ zu streichen.

Die Kreistagsmitglieder erklären sich mit dieser Änderung, die nicht den Beschluss, sondern lediglich die Begründung betreffe, einverstanden.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

Der Landrat wird ermächtigt, den beiliegenden Vertrag zur Erfüllung der Aufgaben nach § 4 Landespflegegesetz NRW (Pflegerberatung) zwischen der Verbraucherzentrale NRW und dem Kreis Unna abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

087/07

Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die Verwaltung auf Anregung der SPD-Fraktion die Vereinbarung um einen neuen § 17 erweitern wolle, der folgenden Text habe: „Die Anlagen 1 bis 3 sind Gegenstand des Vertrages.“ Die bisherigen §§ 18 und 19 würden sich entsprechend verschieben.

Herr Gabriel weist darauf hin, dass das Thema Frühförderung bereits in der Finanzstrukturkommission erörtert worden sei. Dabei sei von der Verwaltung auf Anfrage ausgeführt worden, dass die Fördereinheiten nicht gedeckelt würden, sondern jedes Kind die benötigte Förderung erhalte. Da im § 10 Nr. 3 der vorliegenden Vereinbarung aber eine absolute Zahl von „40 Fördereinheiten“ genannt sei, beantrage er, diese Formulierung durch „40 Fördereinheiten im statistischen Mittel“ zu ersetzen.

Herr Goldmann erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN froh über den Abschluss einer Vereinbarung mit dem Träger sei. Allerdings tue man sich etwas schwer mit der Begrenzung der Fördereinheiten und mit dem vereinbarten Verzicht auf eine Anpassung der Förderentgelte in den nächsten beiden Jahren. Seine Fraktion rege deshalb an, die kommenden 1 ½ Jahren zu nutzen, um zu überprüfen, ob die schriftlich fixierten Einheiten ausreichend seien. Schließlich dürfe ein bestimmter Mindeststandard in der Betreuung dieses sensiblen Klientels nicht unterschritten werden. Nach seiner Einschätzung sei man mit der jetzigen Regelung an der unteren Grenze der Leistungsgewährung und Leistungssubstanz angekommen. Durch entsprechende Erfahrungsberichte im Ausschuss könne in dieser Zeit frühzeitig festgestellt werden, ob man dem Anspruch gegenüber den Kindern gerecht werde.

Herr Ganzke betont, dass der Kreistag ein klares Bekenntnis zur Frühförderstelle abgegeben habe. Sämtliche Fraktionen seien vor Ort gewesen und hätten sich beim Träger informiert. Hinsichtlich der Qualitätsstandards dürfe nicht vergessen werden, dass die Vereinbarung in beiderseitigem Einvernehmen geschlossen und keinem Vertragspartner übergestülpt worden sei. Er habe nicht den Eindruck, dass die Frühförderstelle in dieser Vereinbarung eine Verschlechterung sehe. Letztlich sei festzuhalten, dass das Engagement des Kreises Unna für das Kindeswohl überdurchschnittlich sei.

Herr Landrat Makiolla erklärt, dass der Antrag der PDS.Linkspartei gut in die Überlegungen passe und deshalb in die Vereinbarung eingebaut werden sollte. Zu den Ausführungen von Herrn Goldmann betont Herr Makiolla, dass bereits in der Kreisausschusssitzung vereinbart worden sei, dass eine Berichterstattung nach einem bis eineinhalb Jahren im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie erfolgen werde, um bei Bedarf den Vertrag zu modifizieren.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

Der Kreistag stimmt dem Abschluss einer Vereinbarung gemäß § 75 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) mit der gemeinnützigen Gesellschaft für Frühförderung und Frühtherapie Unna mbH zur Durchführung der Frühförderung – unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der Gruppe PDS. Linkspartei und der von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderung - mit sofortiger Wirkung zu.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

101/07

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Dortmund, dem Kreis Unna und der Stadt Hamm zur weiteren Zusammenarbeit in der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass vor Erstellung der Vorlage zunächst die Regionalkonferenz am 30.05.2007 abgewartet werden musste. Entsprechend sei die Vorlage erst verspätet an die Kreistagsmitglieder versandt worden.

Beschluss

Der Kreistag beauftragt den Landrat, die beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Dortmund und der Stadt Hamm zur weiteren Zusammenarbeit in der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet für die Zeit ab 01.01.2007 zu schließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (6 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Punkt 7

054/07

Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege (EKBS)

Beschluss

Der Kreistag beschließt die der Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügte 1. Änderung der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege (EKBS).

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

086/07

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Kreisleitstelle und angegliedertem Kreisbauhof
- Grundsatzbeschluss -

Erörterung

Herr Bremerich erklärt, dass die CDU-Fraktion einer Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Kreisleitstelle selbstverständlich zugestimme, da es hier um die Sicherheit des Kreises Unna und seiner Bürgerin-

nen und Bürger gehe. So habe der Orkan „Kyrill“ gezeigt, dass die jetzige Leitstelle im Kreishaus zu klein geworden sei und Erweiterungsbedarf bestehe. Intensive Diskussionen habe es in seiner Fraktion bezüglich des Bauhofneubaus gegeben. Allerdings habe man sich insbesondere mit Blick auf die zu erwartenden Synergieeffekte, die u.a. der Sicherheit der hiesigen Bevölkerung dienen, überzeugen lassen, der Vorlage in dieser Form zuzustimmen.

Für die FDP-Fraktion betont Herr Senkel, dass die Erweiterung eines Feuerwehrservicezentrums mit Leitstelle zu unterstützen sei. Nicht nur gebe es öfter Naturereignisse wie Kyrill, auch die Lage des Kreises mit Autobahnen, Flughafen und Kraftwerken mache diese Maßnahme erforderlich. Allerdings werde mit dem Beschlussvorschlag gleichzeitig der Neubau des Kreisbauhofes manifestiert. Dieses Projekt lehne man, wie bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen ausführlich dargelegt, ab. Aus diesem Grunde werde die FDP-Fraktion gegen den Beschluss stimmen; er selbst werde sich als Unnaer Bürger enthalten.

Herr Kerak macht noch einmal deutlich, dass die Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums dringend erforderlich sei und die Verbindung mit dem Bauhofneubau klare Vorteile biete. Deshalb sei er froh, dass die langwierigen Diskussionen in dieser Vorlage einen guten Abschluss gefunden hätten. Dementsprechend hoffe er auf breite Zustimmung aus dem Kreistag.

Herr Goldmann betont, dass seine Fraktion die Schaffung eines effektiven, nachhaltigen und dem Bevölkerungsschutz entsprechenden Feuerwehrservicezentrums mit der Kreisleitstelle auch an diesem Standort für notwendig erachte. Die wie auch bei der FDP-Fraktion vorhandenen Bedenken hinsichtlich des Bauhofes habe seine Fraktion zurückgestellt, um heute die notwendige Entscheidung für das Feuerwehrservicezentrum treffen zu können.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass er mit den Bürgermeistern über das Thema Bauhof gesprochen habe. Allerdings sei in diesen Gesprächen keine Bereitschaft zur Kooperation erkennbar gewesen. Deshalb wolle man die Synergieeffekte im Bereich Feuerwehr nutzen, zumal die Zuständigkeiten im Bevölkerungsschutz auf Kreisebene in den kommenden Jahren weiter steigen würden. Die auf dem Bauhof eingesetzten Kräfte, die jetzt schon größtenteils Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren seien, könnten dann im Bedarfsfall auch in diesem Bereich entsprechende Aufgaben wahrnehmen. Um diese Synergien aber wirklich realisieren zu können, bedürfe es der Zustimmung des Kreistages zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Frau Weidner erklärt, dass sie die genannten Synergieeffekte als problematisch ansehe und sich bei der Abstimmung deshalb enthalten werde.

Nach weiterer Diskussion zum Neubau des Kreisbauhofes ergeht folgender

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

1. Zur Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Kreisleitstelle und angegliederem Bauhof wird ein Neubau errichtet. Der Sperrvermerk auf die angemeldeten Planungskosten für den Bauhof wird

aufgehoben.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Grundstück zu erwerben, die erforderlichen Planungsleistungen auszuschreiben und einen Beginn der Baumaßnahme mit 5,8 Mio. Euro Baukosten im Frühjahr 2008 zu ermöglichen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zeitnah die Verkaufsverhandlungen des derzeitigen Bauhofs an der Unnaer Str. 97, Gemarkung Kamen, Flur 3 Flurstück 224, zu führen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (2 Gegenstimmen der FDP-Fraktion, 2 Enthaltungen der FDP-Fraktion und 1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

Punkt 9

068-1/07

Bildung einer Kommission „Ruhr 2010“;

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2007

Erörterung

Herr Makiolla erklärt, dass im Kreisausschuss auf SPD-Vorschlag der Antrag um folgenden Satz ergänzt worden sei: „Die Kommission setzt sich das Ziel, die Vorbereitung der Städte und Gemeinden im Kreis Unna und des Kreises Unna auf die Veranstaltung „Ruhr 2010“, Kulturhauptstadt Europas, zu begleiten und zu unterstützen.“ Außerdem habe man sich darauf geeinigt, dass das Gremium sechs Mitglieder haben und unter Vorsitz der Kulturdezernentin tagen solle.

Beschluss

Der Kreistag beschließt die Bildung einer Kommission mit dem Arbeitstitel „Ruhr 2010“. Die Kommission soll hinsichtlich der Aktivitäten des Kreises Unna koordinierend tätig werden.

Die Kommission setzt sich das Ziel, die Vorbereitung der Städte und Gemeinden im Kreis Unna und des Kreises Unna auf die Veranstaltung „Ruhr 2010 – Kulturhauptstadt Europas“ zu begleiten und zu unterstützen.

Die Kommission hat sechs Mitglieder und tagt unter dem Vorsitz der Kulturdezernentin des Kreises Unna.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (10 Enthaltungen: 7 Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP-Fraktion, 2 Gruppe PDS-Linkspartei)

Punkt 10

095/07

Chancen Energieeffizienz und alternative Energien im Kreis Unna nutzen;

Antrag der SPD-Fraktion vom 21.05.2007

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass neben dem SPD-Antrag die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mit Datum vom 31.05.2007 einen Ergänzungsantrag gestellt habe. Diesen Antrag habe die Fraktion nach der Diskussion in der heutigen Kreisausschusssitzung zurückgezogen und vor Sitzungsbeginn einen neuen Ergänzungsantrag vom 05.06.2007 vorgelegt, über den nunmehr entschieden werden solle.

Herr Senkel kritisiert, dass es sich bei den hier vorliegenden Anträgen um reinen Aktionismus und Populismus zum derzeitigen Thema Nr. 1 handele und seine Fraktion deshalb den Anträgen nicht zustimmen werde.

Herr Goldmann erklärt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, es sei wichtig, ein Signal zu setzen, wie der Kreis Unna sich im Bereich Umwelt und Klimaschutz positionieren werde. Hierbei sollten auch die Gesellschaften des Kreises und möglichst viele Verbände ins Boot geholt werden. Im Anschluss erläutert er den Antrag seiner Fraktion.

Herr Jasperneite betont, dass im SPD-Antrag aus Sicht seiner Fraktion sehr viele Selbstverständlichkeiten zusammengefasst seien. Auch gebe es Punkte, die seine Fraktion in der jetzigen Form nicht mittragen könne. Allerdings würde man durchaus in eine Diskussion über den SPD-Antrag eintreten, um eine langfristige Umweltkonzeption für den Kreis zu erhalten. Sollte er allerdings heute zu Abstimmung kommen, werde man den Antrag ablehnen. Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wolle man ebenfalls ablehnen.

Herr Teumert weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag dort einsteigen wolle, wo der Kreis selbst Zuständigkeiten und auch Handlungskompetenz habe. Entsprechend habe man Maßnahmen, die der Kreis bereits umsetze, aufgegriffen und fortgeführt sowie auch neue Maßnahmen wie die Einführung des Ökostroms angestoßen.

Nach kurzer Diskussion ergeben folgende

Beschlüsse

1. Der Kreistag beschließt den Antrag der SPD-Fraktion „Chancen Energieeffizienz und alternative Energien im Kreis Unna nutzen“ (s. Sitzungsvorlage Nr. 095/07).

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (22 Gegenstimmen der CDU-Fraktion, 4 Gegenstimmen der FDP-Fraktion)

2. Der Kreistag beschließt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.06.2007 zur Sitzungsvorlage Nr. 095/07 (s. Anlage zum Protokoll).

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (22 Gegenstimmen der CDU-Fraktion, 4 Gegenstimmen der FDP-Fraktion)

Punkt 11

096/07

Landschaftsrechtliche Befreiung Lärmschutzwall Kamen

Erörterung

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass es bei der Vorlage um eine Befreiung von den Festsetzungen des Landschaftsplanes gehe und bei einer Zustimmung zu dieser Vorlage die endgültige Entscheidung von der Bezirksregierung in Arnsberg getroffen werde. Zur Diskussion stehe dagegen nicht die Entscheidung über den Bau des Lärmschutzwalles. Diese Entscheidung müsse von der Stadt Kamen im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens getroffen werden.

Herr Jasperneite teilt mit, dass man die Stoffe, die in den Wall eingebaut werden sollten, für sehr bedenklich halte. Eine Alternative hierfür biete beispielsweise der Bodenaushub aus dem sechsspurigen Ausbau der BAB A 1, der im Bundesverkehrswegeplan enthalten sei. Mit dem jetzigen Wall lege man sich dauerhaft auf einen Deich fest, der nicht mit Bäumen und Büschen bepflanzt werden könne. Deswegen werde die CDU-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herr Klostermann erklärt für die FDP-Fraktion, dass man sich nicht als Teil einer Formalität ansehe und nicht bereit sei, den Widerspruch des mit Fachleuten besetzten Landschaftsbeirates für unberechtigt einzustufen, obwohl man sich mit der Sachlage entsprechend beschäftigt habe.

Nach Hinweis von Herrn Dr. Timpe, dass der Wall durchaus bepflanzt werde, diskutieren die Kreistagsmitglieder intensiv über den Lärmschutzwall. Anschließend ergeht folgender

Beschluss

Der Kreistag beschließt, dem Vorschlag der Verwaltung, eine Befreiung für die Errichtung eines Lärmschutzwalles am Kamener Kreuz zu erteilen, zu folgen.

Der Landrat wird beauftragt, den Vorgang der höheren Landschaftsbehörde zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (27 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen PDS.Linkspartei)

Punkt 12

069/07

Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds für den Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Unna

Beschluss

Der Kreistag wählt Herrn Martin Dellwig für den Landesverband Gartenbau „Westfalen-Lippe“ e.V. als stellvertretendes Mitglied in den Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde des Kreises Unna.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

093/07

Ersatzwahl

Beschluss

Der Kreistag wählt

- Herrn Bodo Freund als Mitglied in den Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie und
- Herrn Martin Gehrmann als stellvertretendes Mitglied in den Bau- und Technikausschuss.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 14

Änderung der Hauptsatzung des Kreises Unna

Punkt 14.1

099/07

Änderung des § 9 der Hauptsatzung;

Antrag der SPD-Fraktion

Beschluss

Der Kreistag beschließt folgende Änderung des § 9 Absatz 2 der Hauptsatzung:

Hinter Satz 3 wird eingefügt. „Dies gilt auch für die Gruppe der sachkundigen Bürger“.

Der letzte Satz lautet dann wie folgt: „Diese letztgenannte Vertretungsregelung ist nur auf Kreistagsabgeordnete anwendbar.“

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 14.2

100/07

Änderung des § 21 der Hauptsatzung

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass nach der Sitzung des Kreisausschusses folgende Ergänzung in den Beschlussvorschlag eingearbeitet worden sei: „Zur Information wird die Bekanntmachung außerdem auf dem im Foyer befindlichen Bildschirm angezeigt.“ Er weist darauf hin, dass das Amtsblatt noch schriftlich im Dienstgebäude Platanenallee 16 ausgehängt werde und darüber hinaus im Internet zur Verfügung stehe sowie in Papierform oder als Newsletter abonniert werden könne.

Herr Goldmann erklärt, dass seine Fraktion die Änderung der Hauptsatzung nicht befürworte, da die Veröffentlichung der Bekanntmachung im Schaukasten für viele insbesondere ältere Menschen die Möglichkeit sei, sich entsprechend über amtliche Bekanntmachungen zu informieren. Außerdem könnten die Schaukästen auch für andere Informationen wie Stellenausschreibungen genutzt werden.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss

Der Kreistag beschliesst:

Die Hauptsatzung des Kreises Unna wird in § 21 Absatz 2 geändert und lautet an dieser Stelle dann wie folgt: Ist eine öffentliche Bekanntmachung in der durch Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so erfolgt die Bekanntmachung ersatzweise durch Flugblätter. Zur Information wird die Bekanntmachung außerdem auf dem im Foyer befindlichen Bildschirm angezeigt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (7 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 2 Gegenstimmen der PDS. Linkspartei und 1 Gegenstimme der STATT-Partei)

Punkt 15

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 16

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Innovationspreis PPP

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann berichtet, dass der Kreis Unna für das Projekt „PPP Kreishaus Unna“ mit dem Innovationspreis PPP ausgezeichnet worden sei. Das Projekt sei Vorreiter und ein hervorragendes Beispiel gewesen, wie erfolgreich Private Public Partnership aussehen könne. Dadurch habe es mit dazu beigetragen, dass das Investitionsvolumen in diesem Bereich von 200 bis 300 Mio Euro im Jahre 2002/2003 auf ein heutiges Volumen von rund 7 Mrd Euro gestiegen sei. Man sei insbesondere für die Breite der übertragenen Aufgaben, die Lösung von Personalfragen und auch die Schnelligkeit bei der Umsetzung der Sanierung gelobt worden. Besonders hervorgehoben worden sei zudem die Einbindung der regionalen Wirtschaft. Schließlich seien von Gesamtinvestitionen von insgesamt 24 Mio Euro rund 20 Mio Euro in einem Umkreis von 80 km geblieben. Er selbst wolle, so Herr Kreisdirektor Stratmann weiter, den Mitgliedern der Baukommission, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich aktiv in diesen Prozess eingebracht hätten, und auch allen anderen Beschäftigten, die die Sanierungsphase ertragen hätten, herzlichen Dank sagen.

2. Haushaltssicherungskonzept

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann teilt mit, dass der Regierungspräsident das Haushaltssicherungskonzept zwischenzeitlich genehmigt habe. Allerdings habe er auf das Altdefizit in Höhe von 61 Mio Euro hingewiesen und den Kreis aufgefordert, den Konsolidierungsprozess weiter voranzutreiben. Dabei habe er die Aufgabenkritik der Jahre 2003 bis 2006 und auch die ersten Erfolge im Bereich der Finanzstrukturkommission gelobt.

Nicht öffentlicher Teil :

Punkt 17

102/07

Verleihung eines Amtes der Besoldungsgruppe B 2

Punkt 18

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen